

# Der "gerechte" Landesstreik

Autor(en): **Renggli, P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **21 (1918-1919)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749146>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## DER „GERECHTE“ LANDESSTREIK

Am Tage der Streikerklärung ging ich zu einem alten Studienfreund, einem überzeugten Sozialisten von Haus aus, den ich als geraden, ehrlichen Charakter schätze und der sich in seinem Berufe als Beamter bei allen Parteien Achtung erworben hat.

Ich suchte einen kleinen politischen Disput und war gespannt darauf, wie er sich zur Streikerklärung stellen und was er zur Rechtfertigung der Maßnahmen seiner Partei vorbringen werde. Insbesondere wollte ich darüber disputieren, ob der Streik als *politisches* Kampfmittel in einem demokratischen Staatswesen überhaupt zulässig sei, ob er nicht gegen allgemeine Grundsätze der Demokratie verstoße, und ob nicht die Sozialdemokratie die Mittel in der Hand gehabt hätte, um die von ihr aufgeworfenen Fragen auf gesetzlichem Wege durchzusetzen oder wenigstens beschleunigt einer Volksabstimmung vorzulegen.

Wie erstaunte ich aber, als mein Freund die Diskussion kurzerhand durch die weltmännisch überlegene Bemerkung abschnitt: „Die Frage nach Recht oder Unrecht wird einzig der Erfolg beantworten; wenn wir Sozialdemokraten mit dem Landesstreik Erfolg haben, so hatten wir *Recht*, schlägt das Unternehmen dagegen fehl, so hatten wir Unrecht!?“ . . . .

Die Bemerkung hat mir zu denken gegeben, besonders weil sie nicht von einem politischen Windbeutel und Marktschreier herkam, sondern von einem gebildeten, sonst überlegten und gerechten Menschen; sie scheint mir charakteristisch für die Denkweise der sozialdemokratischen Führer und deshalb näherer Prüfung wert.

Natürlich lässt sich die Frage nicht dadurch erledigen, dass man diese Leute mit ihrer eigenen Waffe schlägt; es genügt nicht, dass man ihnen nachträglich, da der Streik missglückt ist, sagen kann: „Der Erfolg hat gegen euch entschieden; ihr seht also, ihr hattet Unrecht!“ . . . .

Darf man es aber wirklich gelten lassen, dass über die Frage nach Recht oder Unrecht eines großen politischen Unternehmens der *Erfolg* allein entscheide? . . . Tut man dies, so fällt man meines Erachtens zurück zur Moral der Gottesurteile, der Duelle und der Eroberungskriege. Wer seine Handlungen *grundsätzlich* nach dem Erfolge beurteilt, dem wird dieser Erfolg *einzig*er Maßstab für sein

Tun und Lassen werden; er wird sich jenseits von Gut und Böse stellen und nach und nach jede gesunde moralische Grundlage verlieren.

Man halte mir nicht entgegen, es handle sich ja nur um eine Frage der *Taktik*; das *Ziel* der Sozialdemokratie sei recht und der Landesstreik sei ein bloßes *Mittel*. Diese überlegene Scheidung des moralischen Endzweckes vom amoralischen Mittel hat schon Andere auf bedenkliche Abwege geführt. Sie ist den Sprüchen zu Gevatter gestanden „Not kennt kein Gebot“ und „Der Zweck heiligt die Mittel“. Unter ihrem Schutze sind bekanntlich die verabscheuungswürdigsten Unmoralitäten begangen worden. Offenbar arbeiten in den letzten Monaten auch die russischen Bolschewiki recht ausgiebig mit diesen Moralbehelfen, soweit bei diesen bewusstesten Klassenkämpfern die Moral überhaupt noch Bühnenrequisit ist. Demgegenüber wird jede gesunde Gesellschaftsordnung verlangen, dass die Grundsätze von Moral und Recht auch für die *Mittel* des politischen Kampfes gelten müssen.

Schlimm ist es nun aber, dass es sich nicht um eine zufällige Verirrung zu handeln scheint, wenn die Sozialdemokratie sich nach dem äußern Erfolge orientiert, sondern dass diese Methode, genau besehen, nur die logische Konsequenz des *Klassenkampf-Standpunktes* darstellt, der seit Jahren ihre politische Richtlinie ist. In der Tat: wer in der Demokratie als Mittel zur Erreichung politischen und wirtschaftlichen Fortschrittes *grundsätzlich* nur den Kampf anerkennt — und zwar nicht etwa bloß den geistigen Kampf, sondern den Kampf mit allen Waffen —, der bestreitet die vernünftige Einsicht der Volksmehrheit, auf welche die Demokratie aufgebaut ist, denn sonst müsste er hoffen, auch ohne Kampf durch gehörige Aufklärung der Volksgenossen sein Ziel erreichen zu können. Wer *prinzipiell* die Möglichkeit abstreitet, auf dem Wege friedlicher Entwicklung zu seinem Rechte zu gelangen, der muss nach äußerer Gewalt streben; dem muss der Erfolg im Kampf zum höchsten Maße für alle Handlungen werden; moralische Faktoren, die *innerlich* über Recht und Unrecht entscheiden, wird er nicht anerkennen können.

Diese Entwicklung erklärt die sonderbare innere Geistesverwandtschaft zwischen Sozialdemokratie und Absolutismus, die in den letzten Monaten wiederholt zu Tage getreten ist (um nur ein

Beispiel zu nennen: die Gelüste nach einer roten Presszensur). Beide politischen Systeme befolgen eben die gleiche Methode. Der preußische Militarismus stellte den Krieg in den Mittelpunkt seiner politischen Tätigkeit, die Sozialdemokratie tut ein gleiches mit dem Klassenkampf. Wer seine Tätigkeit *grundsätzlich* auf Krieg oder Kampf einrichtet, der gerät in die Geistesverfassung des Militarismus. Er wird alles dem Streben nach äußerer Macht unterordnen und der Erfolg muss ihm höchster Maßstab werden.

Außerpolitisch durchgeführt, hat uns dieses System den Weltkrieg gebracht; innerpolitisch, von der Sozialdemokratie angewendet, hat es die große Verbitterung und Zerklüftung innerhalb der Völker, den Klassenhass, hervorgerufen. Der Machtdünkel, wie er aus jedem Machtsystem hervorgeht, stellte sich in Deutschland sogar der Einberufung der Nationalversammlung entgegen, bei uns griff er zum Gewaltmittel des Landesstreiks, ohne dass vorher auch nur versucht worden wäre, seine Postulate auf gesetzlichem Wege durchzusetzen. Die Leiter der Parteien haben sich selbst und die Massen eben derart in die Kampfidee hineingearbeitet, dass ein friedlicher Weg gar nicht mehr gesucht wird. Man lebt in jener einseitigen Geistesfassung der Streitbarkeit und des Machtbewusstseins, die international — Imperialismus geheißen wird.

Diese Kampfmethode der Sozialdemokratie kann die Weltrevolution bringen; sie wird aber ganz sicher *nicht* eine bleibende soziale Gestaltung aufzubauen vermögen; denn sie krankt am Dogma des Kampfes, des Erfolges, der Macht. Es fehlt ihr die auf das Innerliche abstellende tiefere Grundlage, und so wird diese politische Bewegung leider nie das erreichen, was viele von ihr hoffen: Glück und Frieden. — Das Glück ist eben ein *innerlich* Ding, dem durch eine *äußerliche* Methode nicht beizukommen ist.

BIEL

P. RENGGLI



La reine Maria Pia de Savoie racontait à un diplomate, dont nous tenons le fait, que toute jeune mariée en Portugal, elle discutait souvent avec son beau-père Louis au sujet des droits de la femme. Le prince lui dit un jour en guise d'argument: „La preuve de la supériorité des hommes, c'est que je paye mes serviteurs deux fois plus que vous ne payez vos femmes“. — „Si c'est ainsi que vous l'entendez, répond la reine, je payerai dorénavant mes femmes deux fois plus que vous ne payez vos hommes.“

